Europäischer Aufruf zum Flüchtlingsschutz

Der Flüchtlingsschutz ist eine der gegenwärtig schwierigsten und wichtigsten Herausforderungen der Europäischen Union (EU). Mehr als eine Million Flüchtlinge haben im Jahre 2015 Schutz in der EU gesucht. Die Mehrheit floh vor Gewalt und Krieg und orientierte sich auf wenige EU-Mitgliedsländer wie Deutschland, Österreich und Schweden. Dies ist noch eine relativ geringe Zahl verglichen mit dem Gesamtumfang von Menschen, die weltweit ihre Heimat wegen Krieg und Verfolgung verlassen müssen. Viel spricht dafür, dass auch im Jahr 2016 viele Menschen sich zur Flucht gezwungen sehen werden, vor allem über Griechenland. Auch wenn die EU nicht in der Lage ist, alle internationalen Konflikte und Probleme zu lösen, sind doch folgende Punkte zu betonen:

1. Das Völkerrecht und die Menschenrechte ebenso wie der *Acquis Communautaire* der EU und hier speziell das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) verpflichten die EU als Ganzes sowie ihre Mitgliedsstaaten dazu, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen Schutz und eine sichere Unterkunft finden, die aus ihrem Land flüchten müssen. Hierbei kann die EU viele, aber nicht alle Flüchtlinge selbst aufnehmen. Viele von ihnen finden auch Schutz in den ihren Herkunftsstaaten benachbarten Ländern wie Türkei, Jordanien und Libanon.
2. Die rechtlichen, moralischen und politischen Verpflichtungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten dürfen nicht aufgrund möglicher ökonomischer oder politischer Kosten vorschnell relativiert werden; sie aufzugeben würde weit mehr als die Rechte hunderttausender Flüchtlinge verletzen.
3. Der Kern der modernen Flüchtlingsrechte und Normen wurde vor dem Hintergrund der schrecklichen Erfahrungen des 2. Weltkrieges und seiner Folgen entwickelt. Damals waren in Europa mehr als vierzig Millionen Flüchtlinge, ehemalige ZwangsarbeiterInnen und Soldaten sowie Vertriebene auf der Suche nach Schutz und Aufnahme. Das historische und gesellschaftliche Projekt der EU als Ganzes wird ernsthaft Schaden nehmen, wenn die fundamentalen Flüchtlingsrechte nicht geschützt werden.
4. Die Fluchtursachen (bewaffnete Konflikte; destabilisierte Staaten und Rechtsordnungen, direkte Verfolgung wegen politischer, religiöser, ethnischer oder Geschlechterorientierungen) sind nicht völlig losgelöst von der Politik und dem Verhalten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Wir sind untrennbar Teil der Verursachungsdynamiken von bewaffneten Konflikten und Flucht, wir können nicht unsere Verantwortung leugnen, auch Teil ihrer Lösung zu sein.

Deshalb rufen die unterzeichnenden WissenschaftlerInnen, Intellektuellen und Kulturschaffenden die Politik und die Zivilgesellschaft dazu auf, unsere gemeinsame Verantwortung für Flüchtlingsschutz ernst zu nehmen und fordern:

1. Die im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) vorgesehenen Standards und Bestimmungen müssen von allen EU-Mitgliedsstaaten ernstgenommen und in die Praxis umgesetzt werden.
2. Die Errichtung EU-interner Grenzkontrollen ist keine Alternative und sollte unmittelbar durch ein System ersetzt werden, das Menschen legale Zugangswege nach Europa ermöglicht, die Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen.
3. PolitikerInnen und Medien sollten aufhören die Länder zu kritisieren, die die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen tragen, weil dies vor allem in unfairer Weise von eigener Verantwortung ablenkt.
4. Die Teilung von Ressourcen und Verantwortung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten muss unmittelbar hergestellt werden (z.B. durch gemeinsame Finanzierung europäischer Aufnahmezentren, durch faire Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten, durch gemeinsame Anstrengungen zur Unterstützung des Schutzes der EU-Außengrenzen).
5. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge, die in den Nachbarstaaten der Kriegsstaaten Schutz gefunden haben, sind massiv zu verstärken, damit die Menschen, die dort Schutz gefunden haben, unter menschenwürdigen Bedingungen mit ihren Familien leben können.
6. Starke und nachhaltige europäische Initiativen müssen unternommen werden, um dabei zu helfen, die Fluchtursachen zu bekämpfen und die gesellschaftliche Entwicklung in den Fluchtherkunftsregionen zu verbessern.

Unterzeichnende (aus allen 28 EU-Mitgliedsstaaten und dem Dublin-Raum):

Peter Alheit, Berta Álvarez-Miranda, Remus Anghel, Joaquín Arango, Klaus J. Bade, Gabriel Badescu, Roman Balaz, Vedrana Baričević, Sigrid Baringhorst, Jürgen Bast, Harald Bauder, Pieter Bevelander, Ursula Birsl, Sabine Bohne, Mathias Bös, Saša Božić, Michael Brumlik, Jasna Čapo Žmegač, Jiri Cenek, Simone Christ, Ružica Čičak-Chand, Ondřej Daniel, Petra Dannecker, Hein de Haas, Sybille De La Rosa, Marcella Delle Donne, Jeroen Doomernik, Magdalena Elchinova, Susen Engel, Marcus Engler, Benjamin Etzold, Tamirace Fakhoury, Anuscheh Farahat, Heinz Faßmann, Margit Fauser, Claudia Finotelli, Naika Foroutan, László Fosztó, Anne Friedrichs, Heidrun Friese, Katharina Fritsch, Markus Gamper, Rainer Geißler, Birgit Glorius, Mechtild Gomolla, Thomas Groß, Sonja Großmann, Margareta Gregurović, Petra Guasti, Franz Hamburger, Vera Hanewinkel, Levke Harders, Dirk Hoerder, Tina Hollstein, Christine Horz, Roland Hosner, Bertold Huber, Lena Huber, Christine Hunner-Kreisel, Krystyna Iglicka, Bernadette Nadya Jaworsky, Damir Josipovič, Serhat Karakayali, Biljana Kasic, Monika Kirloskar-Steinbach, Radka Klvaňová, Harlan Koff, Kira Kosnick, Myrto Kougievetopoulos, Anna Krasteva, Elena G. Kriglerova, Zuzana Kusá, Simona Kuti, Nadia Kutscher, Andreas Landes, Christine Langenfeld, Lena Laube, Barbara Laubenthal, Hans Dieter Laux, Ilse Lenz, Walter Lesch, Maggi Leung, Aleksandra Lewicki, Isabella Löhr, Doris Lüken-Klaßen, Marina Lukšič Hacin, Dušan Lužný, Jürgen Mackert, Marco Martiniello, Thomas Matthies, Melanie Mbah, Viktoria Metschl, Silva Mežnarić, Sorin Mitulescu, Dubravka Mlinarić, Elaine Moriarty, Selma Muhic Dizdarevi, Ruxandra Noica, Claudia Olivier-Mensah, Ovidiu Oltean, Andra Panait, Ciprian Panzaru, Alena Parizkova, Ferrucio Pastore, Joanna Pfaff-Czarnecka, Edith Pichler, Lydia Potts, Patrice Poutrus, Karin Pries, Ludger Pries, Marijeta Rajković Iveta, Eveline Reisenauer, Marina Richter, Spyros Rizakos, Regina Römhild, Christof Roos, Stefan Rother, Monika Salzbrunn, Marcia C. Schenck, Albert Scherr, Werner Schiffauer, Petra Isabel Schlagenhauf, Andrea Schmelz, Caroline Schmitt, Antonie Schmiz, Michael Schönhuth, Christoph Schroeder, Axel Schulte, Helen Schwenken, Cornelia Schweppe, Senada Šelo Šabić, Monica Serban, Kyoko Shinozaki, Nele Sieker, Ronald Skeldon, Ilka Sommer, Lena Stehle, Anna Marie Steigemann, Marek Tamm, Blanka Tollarova, Andreas Treichler, Vassilis Tsianos, Zusana Uhde, Tsianos Vassilis, Bogdan Voicu, Maria Alexandra Voivozeanu, Albrecht Weber, Anja Weiß, Silke Wenk, Stefan Weyers, Catherine Wihtol de Wenden, Nils Witte, Stephan Wolff, Erol Yildiz, Karolis Zibas, Drago Župarić-Iljić

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Ludger Pries, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum.